



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

XXIV. Die Annexion Bosniens 1908.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

XXIV

Die Annexion Bosniens 1908

Die jungtürkische Revolution	215
Lehrenthal und Iswolstij über Bosnien und die Dar- danellen	218
Die Räumung des Sandschak	222
König Eduard VII. bei Kaiser Franz Josef	224
Die Zusammenkunft in Buchlau	226
Die Vorbereitung der Annexion	231
Die Annexionserklärung	232
Charakteristik Lehrenthals	236

Noch war das Jahr 1908 nicht zu Ende, in dessen Sommer Eduard VII. mit dem Zaren zu Reval gemeinsames Vorgehen auf der Balkanhalbinsel und in Vorderasien verabredet hatte (Band II, S. 154f.), als dieser Aufmarsch bereits zu einem diplomatischen Zusammenstoße mit Österreich-Ungarn und darauf auch mit Deutschland führte. Von jeher war der Balkan der Turnierplatz der europäischen Diplomatie gewesen, jetzt aber wurde das an sich gefährliche Spiel um so ernster, als es sich angesichts der hochfliegenden Pläne Serbiens nicht bloß um den Bestand der Türkei, sondern auch Österreich-Ungarns handelte. Etwa durch ein Jahrzehnt hatte sich Rußland des Eingreifens auf diesem Stück Erde enthalten, so lange als es die Küsten des Großen Ozeans zu unterwerfen strebte. Diese der Türkei gewährte Schonzeit war zu Ende, als sich das Zarenreich an der von Japan aufgerichteten Schranke wund stieß. Hier zurückgewiesen, suchte es am Bosporus den Ersatz.

Indem aber Rußland die Balkanfrage aufrollte, geriet es mit der Donaumonarchie hart zusammen, die sich so einfach nicht über den Haufen rennen ließ. Von Anfang an hoffte Serbien aus diesem Streite Vorteil zu ziehen, was ihm jedoch erst nach mehreren vergeblichen Anläufen gelang. Seit der ersten Kraftprobe von 1908, die Österreich-Ungarn glücklich überstand, blieb die Balkanhalbinsel ein Herd von Unruhen, auf dem bis zum Weltkrieg die Glut nicht mehr erlosch.

*

Die jungtürkische Revolution

Die Staatslenker Rußlands und Englands hatten, als sie zu Reval über die Türkei verfügten, deren Widerstandskraft unterschätzt. Unmittelbar darauf ereignete sich in Konstantinopel eine Staatsumwälzung, welche die landläufige Vorstellung von der islamischen Welt umstieß. Anfang Juli 1908 holte die türkische Reformpartei zu dem

lange vorbereiteten Schlage aus. Die Offiziere der in Mazedonien und Albanien stehenden Regimenter pflanzten die Fahne der Empörung auf und forderten vom Sultan die Anerkennung der 1876 gewährten, damals kurzlebigen Verfassung. Die ihnen entgegengesandten Truppen gingen zu ihnen über, worauf der Sultan, von Angst für sein Leben ergriffen, vor der Revolution die Segel strich. So wurde die Türkei am 24. Juli 1908 urplötzlich ein Verfassungsstaat.

Die europäische Diplomatie hatte vollständig versagt, denn ihr war der Bestand eines das Reich umspannenden jungtürkischen Bundes entgangen. Auch die deutschen Generäle und Instruktionsoffiziere in der Türkei wußten nicht, was sich in dem von ihnen ausgebildeten Offizierkorps vorbereitete. Ähnlich erging es einige Jahre später den Europäern beim Ausbruche der chinesischen Revolution. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Völker des Orients den Fremden den Einblick in ihr Seelenleben mißtrauisch versagen.

War auch die jungtürkische Erhebung seit langem vorbereitet, so wurde ihr Ausbruch doch durch das russisch-englische Einvernehmen beschleunigt. Denn trotz der Geheimhaltung des zu Reval Verabredeten war es ruchbar geworden, daß die zwei Großmächte der Türkei das Gesetz vorschreiben wollten. Dies zu verhindern war eines der Ziele der jungtürkischen Partei, die dem Sultan Abdul Hamid einerseits Grausamkeit, andererseits Preisgeben der Unabhängigkeit des Reiches vorwarf. Die innere Reform sollte auch der Geltung der Türkei unter den Großmächten zugute kommen, die sich bisher unablässig Einmischungen gestattet hatten. Tatsächlich gelang es den Führern der Revolution, den verheerenden konfessionellen und nationalen Zwist im Innern für eine kurze Frist beizulegen. Indem sie allen Nationen den Genuß der ersehnten Freiheit zusagten, rissen sie auch die christlichen Völkerschaften mit sich fort. Durch die Täler und Berge Mazedoniens ging es wie Frühlingsahnung. Die Türken verbrüdereten sich mit den Bulgaren, Griechen und Serben, deren Banden die Waffen niederlegten und sich auflösten. Die europäischen Kabinette konnten sich diesem starken Eindrucke nicht entziehen und erklärten, Mazedonien bedürfe unter solchen Umständen nicht mehr fremder Vormundschaft, die freigewordene Türkei werde sich selbst zu regieren wissen. Österreich-Ungarn und Rußland riefen also die von ihnen eingesetzten Zivilagenten (Band I, Seite 349) ab und die Verwaltung wurde jungtürkischen Beamten übertragen.

Gleichzeitig verschob sich das Verhältnis der Pforte zu Deutschland wie zu Großbritannien. Bisher stand der deutsche Botschafter an Einfluß voran, während der englische dem Sultan Mißtrauen und Abneigung einflößte. Nun hatte aber Freiherr von Marschall mit den Ministern und Günstlingen Abdul Hamids zusammengearbeitet, diese jedoch befanden sich nach dem Siege der Revolution im Gefängnis oder in der Verbannung. Die Führer der zur Macht gelangten jungtürkischen Partei wieder waren bisher in Paris und London Flüchtlinge gewesen, wo sie sich vielfacher Aufmunterung erfreuten. Nach Stambul zurückgekehrt, gaben sie ihrer Neigung für Großbritannien als dem Musterland parlamentarischer Einrichtungen lebhaften Ausdruck. Auch sprachen sich die englischen und die französischen Zeitungen sofort stürmisch für die türkische Revolution aus, während die deutsche Presse schon deshalb mit ihrem Lobe zurückhielt, weil die Machtstellung Deutschlands im nahen Osten in Frage gestellt war. Der Leiter des englischen Balkan Komitees, Burton, veröffentlichte eine Erklärung, in der er das türkische Volk um Entschuldigung für die Verunglimpfungen bat, die er sich in Büchern und Aufrufen hatte zuschulden kommen lassen. Er reiste nach Konstantinopel, wo der reuige Sünder als neugewonnener Freund gefeiert wurde. Die Volksgunst wendete sich dem britischen Botschafter Lowther zu, dem man es hoch anrechnete, daß er dem Sultan unangenehm gewesen war. Englische und französische Fahnen wurden bei jedem Anlasse geschwenkt und jubelnd begrüßt. An die Spitze des ersten verfassungsmäßigen Ministeriums trat Kiamil Pascha, ein alter Freund Englands. Er war zu wiederholten Malen Großwesir gewesen, aber einmal dem Argwohn Abdul Hamids beinahe zum Opfer gefallen, so daß er nur durch die Flucht auf ein englisches Kriegsschiff die Freiheit, vielleicht das Leben, retten konnte. Er warf sich England in die Arme und folgte in allem dem Räte des britischen Botschafters. Die langjährige Arbeit Marschalls war anscheinend vergeblich gewesen. Auch Österreich-Ungarn wurde durch die Revolution getroffen, da sich unter den Jungtürken Stimmen erhoben, das osmanische Reich werde Bosnien und die Herzegowina auf Grund der ihm zustehenden Souveränität zurückfordern. Das Glück war also den Briten hold: in Ostasien war das gefährlich gewordene Rußland durch Japan niedergestreckt worden, ohne daß England einen Finger rühren mußte, und bald darauf trat am Bosphorus, gleichfalls ohne jede Anstrengung des Londoner Kabinetts, dessen Einfluß an die erste Stelle.

Aehrenthal und Iswolskij über Bosnien
und die Dardanellen

Die kleineren Völker haben Mühe, sich in den Welthändeln den Mächtegruppen gegenüber geltend zu machen. Serbien setzte seine Hoffnung auf Rußland und seit der Gründung des Dreiverbandes auch auf dessen mächtige Freunde und Bundesgenossen. Indessen war die panslawistische Ideologie für die russische Regierung nur ein Behelf, dessen sie sich zeitweilig bediente. Ihr eigentliches Ziel war und blieb die Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen; solange dieses Höchste nicht zu erreichen war, wollte sie wenigstens die Öffnung der Meerengen für die russischen Kriegsschiffe durchsetzen. Von diesem Gedanken war auch Iswolskij erfüllt. Durch die letzten Abmachungen mit England und Japan war sein an sich kräftiges Selbstbewußtsein noch gewachsen. Das Londoner Kabinett war dem Zarenreich in Persien und Sibirien, besonders aber in Mazedonien, so weit entgegengekommen, daß der russische Außenminister die Hand nach der kostbarsten Frucht auszustrecken wagte. Des Beistandes Frankreichs glaubte er sich, wenn er die Fessel des Pariser Vertrages von 1856 abstreifte, so gut wie sicher. Bei England, das wußte er, würde er auf Schwierigkeiten stoßen; deshalb ließ er diese Macht vorerst zur Seite und schlug einen Umweg ein. Vor allem versuchte er eine Verständigung mit den zwei Mittelreichen. Hatte er diese und Frankreich auf seiner Seite, dann, so rechnete er, konnte England die Aufhebung des lästigen Vertragspunktes von 1856 nicht ablehnen. Die Einsperrung der russischen Flotte im Schwarzen Meer hatte sich im Laufe des Krieges mit Japan als nationales Unglück erwiesen. Ähnliches sollte sich nicht wiederholen; was die russischen Staatsmänner seit Gortschakow vergebens angestrebt hatten, mußte ihm, Alexander Petrowitsch Iswolskij, endlich gelingen.

Alexander Iswolskij, geboren 1856, hatte sich als Gesandter beim päpstlichen Stuhle, in Belgrad, Tokio und Kopenhagen einen guten Namen gemacht; man rühmte seine Kenntnisse auf dem Gebiete der Geschichte wie des Staats- und Völkerrechts. Seine geistigen Gaben

waren nicht gering, sie versagten jedoch, wenn Ehrgeiz oder andere persönliche Motive sich ihnen in die Quere legten; dann hörte bei ihm gradliniges Denken auf. Ihm fehlte das innere Gleichgewicht, ohne das gute Fähigkeiten eine wertlose Mitgift sind. In der russischen Diplomatie, in der die Talente nur spärlich gesäet waren, galt Iswolskij schon in jungen Jahren als Mann der Zukunft. Neben ihm kam 1906 für den Posten eines Ministers des Aeußeren nur Tscharykow in Betracht. Ein ehemaliger Kollege der zwei Diplomaten verglich sie mit zwei Rennpferden, die ungefähr gleiche Aussichten hätten; es wäre Geschmacksache, ob man auf das eine oder das andere wette. Iswolskij überholte den Nebenbuhler und wurde Minister des Aeußeren, ließ es sich aber gefallen, daß Tscharykow ihm als Gehilfe zur Seite gesetzt wurde, was unzweckmäßig war, da die Geschäfte unter ihrer Eifersucht litten. Der Minister hielt sich mehr links und liebäugelte in inneren russischen Angelegenheiten mit den Liberalen; sein Gehilfe wieder gab sich als Nationalrusse und unterhielt Verbindungen mit den panslawistischen Kreisen. Es war Iswolskij verhältnismäßig gleichgültig, was Serben und Bulgaren von ihm hielten; dagegen nahm er auf die öffentliche Meinung in den drei großen Kulturnationen Rücksicht und setzte ein gutes Stück Geld daran, in der französischen Presse gepriesen zu werden.

Bei Ausführung seines Dardanellenplanes empfahl es sich, zunächst mit dem Wiener Kabinett das Einvernehmen zu suchen. Denn Deutschland nahm in den Balkanangelegenheiten auf die habsburgische Monarchie jede Rücksicht und ließ sich ohne sie gewiß nicht auf eine Änderung des Meerengenvertrages ein. Iswolskij war auch bereit, dem Wiener Kabinett einen ansehnlichen Preis zu zahlen; er bestand in der Einwilligung zur Annexion Bosniens durch die Donaumonarchie, worüber bereits (Band I, S. 57) 1881 und 1884 zwischen Wien und Petersburg bedingungsweise Verabredungen getroffen worden waren. Jetzt war die Sache dringend, da mit dem Aufkommen der großserbischen Idee Osterreich-Ungarn sich in Bosnien nicht mehr sicher fühlte. Aus dem Umstande, daß die Donaumonarchie durch die Berliner Kongreßakte nur zur Besiznahme, nicht zur Einverleibung jenes Landes ermächtigt worden war, schöpften die Serben einen Rechtsgrund für ihre unterirdische Tätigkeit. Ihnen diesen Vorwand zu entwinden, schien dem österreichischen Minister von großer Wichtigkeit. Mochte ihn auch Ehrgeiz leiten, so wirkte doch am stärksten die An-

nahme, durch die Annexion werde den großserbischen Treibereien ein Riegel vorgeschoben werden¹⁾.

Iswolskij ging ohne Zögern auf die Unterhandlung ein. Er erklärte sich grundsätzlich mit der Annexion einverstanden, und mehr noch, er bot dem Wiener Kabinett außerdem den größeren Teil des Sandschak an, wenn Rußland bei dem Geschäfte auf seine Rechnung komme. Seinen Gedankengang legte er in einer vom 2. Juli 1908 (19. Juni alten Stils) datierten Aufzeichnung, einem Aide mémoire, nieder, die dem Wiener Kabinett am 6. Juli zukam. Das geschah also drei Wochen nach dem zu Reval mit Eduard VII. und seinen Begleitern getroffenen Abkommen; wobei auch bemerkenswert ist, daß der russische Minister sowohl in London wie in Paris aus der neuen Unterhandlung ein Geheimnis machte. Für ihn bestand in dieser Hinsicht kein Unterschied zwischen den neuen englischen Freunden und dem erprobten französischen Bundesgenossen. Das war die erste Probe der Unzuverlässigkeit, unter der bald die eine, bald die andere Mächtegruppe zu leiden hatte²⁾. In der erwähnten Niederschrift Iswolskij's vom 2. Juli wird versichert, daß Rußland bezüglich des 1897 erzielten Einvernehmens (Band I, S. 162 f.) mit der Absicht des Wiener Kabinetts übereinstimme, „mit ihm die freundschaftlichsten und vertrauensvollsten Beziehungen aufrechtzuerhalten, in voller Harmonie mit den monarchischen und konservativen Interessen der zwei Länder“. In dem positiven Teile des Vorschlages ist vielleicht das Auffallendste die in

¹⁾ Ein zuverlässiger Führer durch die äußere Politik der Donaumonarchie 1906 bis 1912 ist das Buch von Berthold Molden: „Alois Graf Lehrenthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns“, Stuttgart 1917. Derselbe Verfasser schildert das Leben Lehrenthals bis zu dessen Ministerschaft in dem ihm gewidmeten Aufsatz in Bettelheims „Biographisches Jahrbuch“ 18. Band (Berlin 1917). Über die Motive Lehrenthals vgl. noch Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“, Band II, S. 150 ff., und Südlund, „Die südslawische Frage“, S. 503.

²⁾ In der Aufzeichnung vom 2. Juli ist gesagt: „... wir sind nach wie vor der Ansicht, daß die Frage der Abänderung des durch Artikel 25 des Berliner Vertrages, nämlich der Annexion Bosniens, der Herzegowina und des Sandschaks von Rowibazar, einen hervorragend europäischen Charakter hat und nicht darnach geartet ist, um durch ein gesondertes Einvernehmen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn geregelt zu werden. Andererseits sind wir bereit, anzuerkennen, daß derselbe Vorbehalt auch die Frage von Konstantinopel, des angrenzenden Gebiets und der Meerengen trifft. Nichtsdestoweniger wäre die russische Regierung mit Hinblick auf die hervorragende Wichtigkeit, welche die Lösung der zwei erwähnten Fragen für ihre wechselseitigen Interessen besitzt, bereit, auf die Erörterung darüber im Geiste freundschaftlicher Wechselseitigkeit einzugehen.“

allgemeinen ausgesprochene Bereitwilligkeit Iswolfskijs, der Donaumonarchie nicht bloß Bosnien und die Herzegowina, sondern auch den Sandschak von Nowibazar zu überantworten, auf dessen Besitz das Wiener Kabinett, wie sich bald zeigte, innerlich bereits verzichtet hatte. Wohl war eine Einschränkung gemacht und nur die nördliche Hälfte des Sandschak angeboten. Die Lockspeise wurde hingehalten, weil die russische Regierung, wie aus den Worten Iswolfskijs hervorging, eigentlich auf Größeres zielte, nämlich auf die Beherrschung Konstantinopels und seiner Umgebung.

Aehrenthal, durch die Eröffnung Iswolfskijs angenehm berührt, kam ihm auf halbem Wege entgegen. Er hatte gegen die Dardanellenwünsche Rußlands nichts einzuwenden, wofern Iswolfskijs sich mit zwei Bedingungen befreundete. Die eine war, daß die zwei anderen Anrainer des Schwarzen Meeres, Rumänien und Bulgarien, für ihre Kriegsschiffe dasselbe Recht erhielten wie Rußland. Dann verlangte er Bürgschaften für die Sicherheit Konstantinopels gegen den Überfall durch eine in den Bosphorus einlaufende russische Flotte. Das natürliche Vorbild für die neue Ordnung der Dinge war in den zwischenstaatlichen Verträgen über den Suezkanal gegeben (I. S. 409). Diese Wasserstraße konnte zwar von allen Kriegsschiffen benützt werden, jedoch mit der Beschränkung, daß innerhalb 24 Stunden immer nur je ein Schiff derselben Nation passieren und daß dieses nicht länger als einen Tag im Kanal verweilen durfte. Die Übertragung dieser Einrichtung auf die Meerengen verbürgte den ausreichenden Schutz der türkischen Herrschaft am Bosphorus und in den Dardanellen.

Daß dem Wiener Kabinett angebotene Entgelt war nicht zu verachten. Iswolfskijs aber sah in der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina kein Opfer von seiten Rußlands. Hatte doch das Petersburger Kabinett die Souveränität über die besetzten Provinzen immer als Tauschgegenstand angesehen. Schon im Vertrage vom 15. Januar 1877 waren Bosnien und die Herzegowina der habsburgischen Monarchie ohne Vorbehalt überwiesen worden; und diese Abmachung erhielt durch das Abereinkommen vom 13. Juli 1878 eine Bekräftigung, als sich Rußland den Beistand des Wiener Kabinettes für die Zurückgewinnung Besarabiens sichern wollte. Dann war 1881 von den zwei Mächten ausgemacht worden, daß Osterreich-Ungarn die zwei Provinzen unter gewissen Voraussetzungen annektieren könne, eine Abmachung, die 1884 für drei Jahre erneuert wurde. Indessen waren diese Verträge ent-

weder durch die Berliner Kongressakte außer Kraft gesetzt oder nach Ablauf der vereinbarten Frist von selbst erloschen. Es galten nur mehr die Beschlüsse des Berliner Kongresses; doch gab es in den Kabinetten der Großmächte nur eine Meinung darüber, daß die zwei Länder Bestandteile der Donaumonarchie waren. Dazu kam, daß Uehrenthal, wie noch näher auszuführen sein wird, zu einem nicht geringen Opfer bereit war, zum Verzicht auf den Sandschak wie auf die der Monarchie zustehende Hafen- und Eisenbahnpolizei in Montenegro. Auf dieser Grundlage kamen die zwei Kaisermächte einander nahe, so daß nur mehr eine dünne Wand zu durchstoßen war. Damit schob Iswolskij die Ansprüche Serbiens und Montenegros zur Seite, die sich schmeichelten, die zwei Provinzen später einmal unter sich teilen zu können. Dieses Spiel hatte das Petersburger Kabinett oft getrieben, die Balkanstaaten zeitweilig liebkoost und benützt, um sie dann wieder fallen zu lassen. Rußland war mit großen Aufgaben belastet, da es die Erde vom Schwarzen Meer bis zum Großen Ozean umspannte. Jetzt standen die Dardanellen im Mittelpunkt seiner Wünsche, weshalb die Rücksicht auf die Südslawen zurücktrat. Diese Sachlage benützte Uehrenthal, um die leckere Speise von der dargereichten Schüssel zu nehmen. Er wäre ein politischer Stümper gewesen, hätte er nicht zugegriffen.

*

Die Räumung des Sandschak

Das Wiener Kabinett erwog den Vorschlag Iswolskij's gründlich, und Uehrenthal unterbreitete dem Kaiser Franz Josef am 9. August darüber eine alle Verhältnisse durchleuchtende Denkschrift. Was der Minister darin über die beim Zusammenbruche der Türkenherrschaft später einmal zu verfolgenden Pläne darlegte, soll noch erzählt werden; hier sei bloß erwähnt, daß er dringend davor warnte, sich dem Traume eines Vormarsches gegen Saloniki hinzugeben. Diesem Gedanken hatte noch Andrássy nachgehungen und deshalb der Donaumonarchie auf dem Berliner Kongreß das Recht erstritten, seine Besatzungen durch den Sandschak von Nowibazar und über Mitrowiça hinaus vorzuschieben. Anders Uehrenthal, der im Gegensatz dazu die Räumung des

Sandschak empfahl. Das sei schon deshalb geboten, um das Mißtrauen der Pforte zu beschwichtigen, das durch die Annexion Bosniens bestärkt werden würde. Offenbar stellte sich Uehrenthal vor, die Türkei müsse doch einsehen, daß sie mehr gewann als verlor, wenn sie in Bosnien klare Verhältnisse schaffen lasse, dafür aber der Sorge vor einem Vormarsche der Oesterreicher enthoben sein werde; das wichtigste für sie wäre doch, Herrin im eigenen Hause zu sein.

Noch größeren Wert legt die Denkschrift Uehrenthals auf die die Räumung des Sandschak empfehlenden militärischen Gründe. Hier gab der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf den Ausschlag, der die Ansicht hegte, die Sandschak-Garnison für sich sei gegen einen Überfall durch Serben und Montenegriner nicht zu halten, stat sie doch, damals etwa 3500 Mann, in dem schmalen Hals zwischen diesen Ländern; selbst wenn man ihre Zahl vervielfachte und ein ganzes Armeekorps dorthin warf — was sich bei der Weglosigkeit und der Armut des Landes nicht leicht machen ließ —, waren diese Truppen immer noch in Gefahr, abgeschnitten zu werden. Auch mache man sich, so bemerkte Conrad weiter, durch längeres Verweilen im Sandschak die Albanesen zu Feinden. Wenn eines Tages über das Schicksal der Balkanhalbinsel die Waffen entscheiden würden, könnten die kaiserlichen Truppen den Vormarsch doch niemals über das unwegsame Bergland des Sandschak antreten, sondern immer nur auf der breiten Heerstraße durch Serbien und das Morawatal. Stand nur erst eine österreichische Armee in der Mitte der Balkanhalbinsel, so fiel ihr der früher geräumte Sandschak doch von selbst zu. Es ist fast überflüssig, zu bemerken, daß dieser Beweisgang Conrads von Hötzendorf durch den Verlauf der Balkanfeldzüge von 1914 bis 1918 seine Bestätigung erfuhr.

Wohl riet Uehrenthal in der Denkschrift vom 9. August, sich bei der Räumung des Sandschak das Besatzungsrecht vorzubehalten. Doch auch davon kam er bald zurück, weil ihm viel daran lag, nicht bloß die Türkei, sondern auch Italien mit der Annexion Bosniens auszuföhnen. Das Wiener Rabinett ging deshalb noch weiter und ließ sich zum Verzicht auf die Eisenbahn- und Hafenpolizei über Montenegro herbei, die ihm nach Artikel XXIX der Berliner Kongressakte zustand. Nur beharrte es darauf, daß an der montenegrinischen Küste kein Kriegshafen angelegt werden dürfe. Alle diese Erwägungen beschäftigten den am 19. August zu Wien gehaltenen Ministerrat, der die Linie des weite-

ren Verhaltens zog. Demgemäß erging am 27. August die Antwort auf Iswolstij's Angebot vom 2. Juni. Darin war als Grundlage für die nächsten Verhandlungen vorgeschlagen: Annexion Bosniens und der Herzegowina, Räumung des Sandschak, Bereitwilligkeit Österreich-Ungarns auf die Pläne Rußlands hinsichtlich der Meerengen einzugehen.

Diese für die spätere Balkanpolitik nebenächlich gewordenen Dinge spielten bei den Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rußland 1908 bis 1914 eine wichtige Rolle. An ihnen entzündete sich die Feindschaft Iswolstij's gegen Lehrenthal, überhaupt Rußlands gegen Österreich: es war daher empfehlenswert, über die Verhandlungen lieber ein Wort mehr als weniger zu sagen.

*

König Eduard VII. bei Kaiser Franz Josef

Ohne von diesen Unterhandlungen eine Ahnung zu haben, setzte die englische Regierung die Politik der Einkreisung Deutschlands mit der ihr eigenen Zähigkeit fort; sie lebte des Glaubens, auf Rußland rechnen zu können, da man sich in Reval nahegekommen war. Zunächst hatte sie es nicht auf Feindseligkeiten gegen die Mittelmächte abgesehen; ihr nächstes Ziel bestand in einem Abkommen aller seefahrenden Staaten, den Schiffsbauten Einhalt zu tun und Englands Übergewicht auf dem Meere zu sichern.

Am 11. August 1908 besuchte König Eduard den Deutschen Kaiser auf Schloß Friedrichshof bei Cronberg, um ihn für die Auffassung Englands zu gewinnen. Der Kaiser erwiderte jedoch, daß er von den im deutschen Flottengesetze niedergelegten Bestimmungen nicht abzugehen gedenke, worauf die Herrscher sich in Mißmut trennten. Nun gehörte es zu den Lebensgewohnheiten des Königs von England, alljährlich die Heilwässer von Marienbad in Böhmen aufzusuchen. Bei dieser Gelegenheit pflegte er bei Kaiser Franz Josef vorzusprechen, gewöhnlich in dessen Sommerresidenz zu Ischl. Dieser freundschaftliche Verkehr setzte sich während der englisch-deutschen Verstimmung fort. So reiste der König von Schloß Friedrichshof zunächst nach Ischl mit dem

Vorsatz, beim österreichischen Kaiser zu erwirken, was ihm bei dessen Bundesgenossen mißlungen war. Da Italien bereits in seiner Treue zu den Mittelmächten wankte, schien es nicht unmöglich, auch Österreich-Ungarn von Deutschland abzuziehen. Am 13. August kam der König mit dem Unterstaatssekretär Hardinge nach Ischl, um den Dreibund in seiner letzten Verschanzung anzugreifen. England verfügte durch seine Allianzen über eine Machtfülle wie kaum je zuvor und konnte zumal auf der Balkanhalbinsel Österreich-Ungarn nützen oder schaden. Der Plan war so übel nicht, denn wenn das Donaureich sich dem Vorschlage auf allgemeinen Rüstungsstillstand anschloß, so befand sich Deutschland der ganzen Welt allein gegenüber. Indessen mißlang der Versuch, denn Kaiser Franz Josef ließ sich nicht von Deutschland abziehen und lehnte das Ansinnen ab. Ebensovwenig richtete Hardinge bei Aehrenthal aus¹⁾. Der österreichische Minister war zwar der Ansicht, die deutsche Regierung täte gut daran, die englische Anregung nicht von der Hand zu weisen, er dürfe sich aber auch in dieser Angelegenheit nicht von dem deutschen Bundesgenossen trennen. Eduard VII. muß in den Kaiser lebhaft gedrungen haben, denn dieser sagte bald darauf zu einem österreichischen Diplomaten: „Diesmal war der König von England mit mir unzufrieden.“ Das war nach vielen schönen Erfolgen der erste Fehlschlag der britischen Politik. Der König verließ Ischl tief verstimmt und machte, in Marienbad angelangt, daraus kein Hehl. Zu gleicher Zeit befanden sich Iswolskij und Clemenceau zur Kur in Karlsbad. Die beiden Minister besuchten den König, und beim gemeinsamen Frühstück malte er die Lage Europas in düsteren Farben, er schien auf einen Waffengang mit Deutschland gefaßt. Er wäre noch unzufriedener gewesen, wenn er gewußt hätte, wie tief sich Iswolskij unmittelbar vorher mit den Mittelmächten eingelassen hatte. Clemenceau gab nach dieser Zusammenkunft im Gespräche mit Iswolskij und mit österreichischen Bekannten der Sorge Ausdruck, der Weltfrieden werde nicht erhalten werden können; er fügte aber die Versicherung hinzu, Frankreich lasse sich von England nicht als Werkzeug

¹⁾ Aehrenthal sagte kurz darauf in Buchlau zu Iswolskij: „England wolle sich auf dem two power-standard erhalten, schließe Ententen mit Frankreich und Rußland ab und verlange von Deutschland die Anerkennung der britischen Superiorität zur See. Daß auf diesem Wege eine Besserung des Verhältnisses beider Staaten nicht zu erreichen sei, sei wohl selbstverständlich und ich hatte mit dieser meiner Meinung auch gegenüber Sir Charles Hardinge nicht zurückgehalten.“

gebrauchen. Der russische Minister gab darüber zu Buchlau dem Freiherrn von Lehrenthal einen anschaulichen Bericht: „Wie Herr Iswolskij mir mitteilt,“ heißt es in der vom österreichischen Minister herrührenden Niederschrift, „heurteilt Clemenceau das Verhältnis zwischen Deutschland und England mit großem Pessimismus, und ist überzeugt, daß dasselbe zum Kriege führen werde. Clemenceau hege weiters die Besorgnis, im Augenblicke eines Konfliktes mit England werde Deutschland irgendeinen Vorwand benützen, um über Frankreich herzufallen. Der französische Staatsmann perhorreszierte daher jedes engere Bündnis mit England, durch das Frankreich in den deutsch-englischen Gegensatz hineingezogen werden könnte.“ In diesem Zeitpunkte, darüber kann nicht der geringste Zweifel herrschen, waren sowohl die Staatlenker Deutschlands und Österreich-Ungarns, wie Frankreichs und Rußlands, lebhaft bemüht, den allgemeinen Frieden zu erhalten; England allein bließ, wie aus den Worten Clemenceaus hervorgeht, in die Glut, mit der bestimmten Absicht, seinen Handelsnebenbuhler unschädlich zu machen. Aus keinem bisher veröffentlichten amtlichen Zeugnisse geht die darauf gerichtete Absicht Eduards VII. so deutlich hervor als aus den Mitteilungen Iswolskij¹⁾.

*

Die Zusammenkunft in Buchlau

Der Aufenthalt Iswolskij in Karlsbad erleichterte seine Verhandlungen mit Lehrenthal, so daß man sich Anfang September ziemlich nahe gekommen war. Es schien angemessen, allmählich auch einige befreundete Regierungen zu verständigen. Iswolskij gab dem serbischen Minister Milovanović, mit dem er am 4. September in Karlsbad sprach, einen Wink und empfahl ihm, sich ins Unvermeidliche zu fügen. Ebenso der österreichische Minister, er wieder zog Deutschland

¹⁾ Andere Mitteilungen über Clemenceaus Eindrücke und sein Mißtrauen gegen England, in der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ vom August 1914 und des Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ in diesem Blatte vom 13. September 1914, gehen auf Clemenceau selbst zurück, dessen Bruder mit einer Wienerin verheiratet war; daher seine Beziehungen zur österreichischen Presse.

und Italien ins Vertrauen. Am 5. September traf er in Salzburg mit dem italienischen Minister Tittoni, unmittelbar darauf in Berchtesgaden mit dem deutschen Staatssekretär Freiherrn von Schön zusammen, der 1907 nach dem Rücktritte Tschirschky's sein Amt angetreten hatte. Beide Minister nahmen die Eröffnungen Lehrenthal's über die demnächst zu erfolgende „Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses von Bosnien und der Herzegowina“ ohne Widerspruch zur Kenntnis¹⁾; auch Tittoni, obwohl Lehrenthal ihm ausdrücklich sagte, daß Italien aus diesem Anlasse nicht auf eine Kompensation rechnen dürfe. Tittoni war schon dadurch für die Sache eingenommen, daß Osterreich-Ungarn den Sandschak sowohl wie die Eisenbahn- und Polizeihohheit über Montenegro aufzugeben gedachte.

Indessen waren zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinett noch wichtige Dinge zu verabreden. Eine Zusammenkunft der zwei Minister war wünschenswert, doch hatte die Sache ihre Schwierigkeit, weil zwischen ihnen vom Frühjahr her noch eine persönliche Verstimmung bestand (Band II, S. 150). Der österreichische Minister fand, wie er sich ausdrückte, seinen russischen Kollegen „nachtragereich“. Es erhob sich die Etikettefrage, ob Lehrenthal nach Karlsbad kommen oder Iswolskij einen Besuch in Wien abstatten solle. Deshalb schlug der Botschafter Graf Berchtold als Auskunftsmittel vor, er wolle die zwei Staatsmänner als Gäste auf sein mährisches Schloß Buchlau laden, hier könnten sie auf neutralem Boden die Mißhelligkeiten begleichen und ihr ferneres Vorgehen verabreden. So geschah es; am 15. September fanden sie sich in Buchlau ein und widmeten den nächsten Tag den Staatsgeschäften. Sie verbrachten im ganzen sechs Stunden in Gesprächen, bei denen kein Zeuge anwesend war. Nach einer ziemlich scharfen persönlichen Aussprache gingen die Herren auf die Sache ein und gelangten anscheinend zu beiderseits befriedigendem Einvernehmen. Vor dem Abschied berichtete jeder für sich dem Grafen Berchtold, was besprochen worden war; dieser erhielt den Eindruck, die Verständigung sei gelungen. Die lose Form der Abrede erwies sich jedoch bald von Übel und wurde Ursache eines in Europa wiederhallenden Streites über den Inhalt des Abkommens.

¹⁾ Schoen, „Erlebtes“, S. 72 erzählt, er habe Lehrenthal auf dessen Eröffnungen gesagt: „Was die Haltung der deutschen Regierung betrifft, so könne er ihm vorerst nur sagen, daß bei ihr der feste Entschluß bestehe, den Interessen, Wünschen und Bedürfnissen des Bundesgenossen in der Richtung des Balkans Unterstützung zu leisten.“

Die Berichte von österreichischer und russischer Seite stimmen in folgendem überein. Uehrenthal bewarb sich nicht um die vorgängige Zustimmung des Petersburger Kabinetts zur Annexion, sondern kündigte Iswolskij von vornherein den Entschluß seiner Regierung an, die Maßregeln auf eigene Faust zu vollziehen; auf der anderen Seite stellte er Iswolskij die Art seines Vorgehens in der Dardanellenfrage frei. Sie wollten sich dabei jedoch gegenseitig in die Hände arbeiten. Österreich-Ungarn verzichtete auf den Sandschak; dafür wieder versicherte Iswolskij, Rußland wolle sich weder Konstantinopels noch irgend eines Gebietes in dessen Nähe bemächtigen. Den russischen Kriegsschiffen ward die Fahrt durch die Dardanellen einzeln, aber nicht in Eskadern, zugestanden. Als Abschluß der Aktion war eine europäische Konferenz ins Auge gefaßt, um die beabsichtigten Änderungen dem internationalen Rechte einzuverleiben. Darauf legte Iswolskij den größten Wert und Uehrenthal willigte ohne Sträuben ein.

Es waren zwei Punkte, über die hinterher ein hitziger Streit zwischen den zwei Ministern entstand. Zunächst über das Ausmaß der einander wechselseitig zu leistenden diplomatischen Hilfe. Iswolskij behauptete, er habe mit Nachdruck auf das Völkerrechtswidrige der also geplanten Annexion hingewiesen und nur in Aussicht gestellt, Rußland werde sich der Annexion nicht widersetzen. Dagegen berichtete Uehrenthal dem Kaiser Franz Josef in einer ins einzelne gehenden Aufzeichnung unter anderem: „Iswolskij habe kein Bedenken getragen, zu erklären, daß Rußland, wenn wir gezwungen sein würden, zur Annexion zu schreiten, diesem Geschehnisse gegenüber eine freundschaftliche und wohlwollende Haltung einnehmen werde¹⁾.“ Es muß schon jetzt bemerkt werden, daß auch Berchtold dem Kaiser von Österreich dasselbe über den ihm von Iswolskij erstatteten Bericht meldete und, wie noch zu erzählen ist, sich für die Richtigkeit seiner Angabe mit dem Einsatze seines Botschafterpostens verbürgte.

Diese Meinungsverschiedenheit läßt sich immerhin auf ein Mißverständnis zurückführen, da es sich dabei doch nur um Schattierungen handelte. Schlimmer war, daß Iswolskij sich nachträglich als den Ge-

¹⁾ In demselben Sinne berichtete Uehrenthal am 26. September 1908 in einem die Buchlauer Zusammenkunft ausführlich darstellenden Schreiben. Es heißt dort: „In Buchlau hat Iswolskij nach einer von mir vorgebrachten eingehenden Darlegung unserer Beweggründe sich mit der von mir in Aussicht genommenen Vorgangsweise im Prinzipie einverstanden erklärt und eine freundschaftliche Haltung Rußlands zugesichert.“

täuschten hinstellte, da Lehrenthal kurz darauf überraschend schnell zur Tat schritt; das wäre eine Übrumpelung, wäre illoyal gewesen, hätte seine eigene Dardanellenaktion durchkreuzt. Dem steht der erwähnte ausführliche Bericht Lehrenthals über die Buchlauer Zusammenkunft entgegen, in dem es heißt: er habe Iswolskij ausdrücklich angekündigt, die Annexionserklärung werde möglicherweise schon Anfang Oktober vor Zusammenkunft der Delegationen erfolgen müssen. Iswolskij hätte, so erfahren wir weiter aus dieser Quelle, einen späteren Zeitpunkt, etwa Mitte Oktober, gewünscht, bis er selbst nach Petersburg zurückgekehrt wäre; darauf habe Lehrenthal diesen Aufschub als kaum tunlich bezeichnet, dem russischen Minister jedoch eine „vorherige rechtzeitige Verständigung“ zugesagt.

Als die Erbitterung des Streites immer höher steigen sollte, sprach Berchtold den russischen Minister bei dessen Rückkehr nach Petersburg darauf hin an, worauf Iswolskij genötigt war, der Wahrheit die Ehre zu geben und zuzugestehen, ihm sei der Zeitpunkt der Annexion in Buchlau bekanntgegeben worden, was ihn aber nicht hinderte, in demselben Gespräche das Vorgehen Lehrenthals brutal zu nennen¹⁾.

Nun hatten die zwei Minister in Buchlau verabredet, Iswolskij werde dem Wiener Kabinett eine Niederschrift senden mit genauer Angabe des zwischen ihnen Vereinbarten; indessen ist diese Aufzeichnung nie nach Wien gelangt. So hingen die Ergebnisse der Buchlauer Aussprache in der Luft. Iswolskij stand unter der Vorstellung, er werde noch immer Zeit haben, vorher die Meerengenangelegenheit in Italien, Frankreich und England nach Wunsch zu betreiben; er war aber so unvorsichtig, sich dessen in Buchlau nicht bestimmt zu versichern. Er sagte unmittelbar darauf zu Tittoni, in Buchlau sei erst die Grundlage eines Abkommens und nicht dieses selbst vereinbart worden²⁾. Als nun das

¹⁾ Das Gespräch Berchtolds mit Iswolskij fand am 30. Oktober 1908 statt, worüber der Botschafter am selben Tage nach Wien berichtete: „Ich versuchte die starke Gemütsbewegung des Ministers einigermaßen zu beschwichtigen, indem ich bemerkte, daß, nach Inhalt der mir von Euer Exzellenz zugeworbenen Aufzeichnung der Buchlauer Besprechung Hochdieselben deutlich zu verstehen gegeben hätten, die Annexion werde eventuell schon in der ersten Oktoberhälfte erfolgen. Herr Iswolskij leugnete dies auch gar nicht ab, meinte aber, er sei nicht auf einen ‚acte brutal‘ gefaßt gewesen, sondern habe angenommen, daß Euer Exzellenz in Gemäßheit der diplomatischen Gepflogenheit den Weg vertraulicher Fühlungnahme mit den Kabinetten betreten werden.“

²⁾ So nach dem Briefe Tittonis an Lehrenthal vom 4. Oktober 1908.

Wiener Kabinett sofort mit der Sache Ernst machte, war er überrascht; Aehrenthal dagegen schritt hochgemut über ihn hinweg.

Zur Vervollständigung seines diplomatischen Gespinnstes verhandelte Aehrenthal auch mit Bulgarien. In Buchlau hatten die zwei Diplomaten die voraussichtlichen Folgen ihres Vorhabens auf die Balkanhalbinsel erwogen und waren übereinstimmend der Ansicht, die Türkei werde lebhaften Einspruch erheben, auch Serbien wie Montenegro würden sich rühren; Iswolstij fragte damals den österreichischen Minister, ob man Serbien nicht eine Landentschädigung zuwenden könnte, was dieser bestimmt ablehnte, wenn es auf Kosten Österreich-Ungarns geschehen sollte. Doch suchten sie gemeinsam einen Stützpunkt zur Niederhaltung etwaigen Widerstandes und fanden, daß man Bulgarien durch die Anerkennung seiner Souveränität, Griechenland aber durch Kreta gewinnen könnte. Erfüllte man den heißen Wunsch des Fürsten und des Volkes von Bulgarien, so brachte dies Österreich-Ungarn sichtbaren Vorteil. Es war immerhin möglich, daß das soeben flügge gewordene jungtürkische Regiment sich mit Serbien und Montenegro verband, um der Annexion entgegenzutreten. Für diesen Fall wünschte Österreich-Ungarn Bulgarien auf seiner Seite zu haben. Es traf sich gerade, daß Fürst Ferdinand mit der Pforte in einen hitzigen Streit verwickelt war, da Bulgarien, einen Vorwand vom Zaune brechend, die das Land durchziehende wichtige Eisenbahnlinie der ottomanischen Eisenbahngesellschaft abgenommen und unter die eigene Verwaltung gestellt hatte. Schon deshalb war dem Fürsten die Anlehnung an Österreich willkommen. Am 23. September erschien er zum Besuche des Kaisers von Österreich in Budapest; hier wie unmittelbar darauf in Wien wurde das Notwendige besprochen. Aehrenthal behauptete später bestimmt, er habe den Fürsten nicht in die Absicht der Annexion eingeweiht; er muß aber die Zustimmung Österreich-Ungarns zu Bulgariens Souveränität in Aussicht gestellt haben, da der österreichische Botschafter in Paris, Rhevenhüller, dem Präsidenten der Republik gegenüber Anfang Oktober kein Geht daraus machte.

Die Vorbereitung der Annexion

Zunächst blieben Aehrenthal und Iswolskij in bestem Einvernehmen. Ende September war in Wien alles zum Handeln vorbereitet, so daß der österreichisch-ungarische Minister sowohl seinen russischen wie seinen italienischen Kollegen brieflich nochmals auf das Bevorstehen des Ereignisses aufmerksam machte¹⁾. Unterdessen machte sich Iswolskij mit unbegreiflicher Langsamkeit auf die Fahrt. Aus Tegernsee schrieb er am 23. September an Aehrenthal, er werde zunächst mit dem deutschen Staatssekretär in Berchtesgaden zusammentreffen, dann nach Italien reisen, um den König und Tittoni zu sehen. Am 1. Oktober gedenke er in Paris einzutreffen; dorthin erbitte er sich die ihm zugesagte Anzeige des Zeitpunktes der Annexion. Die Reise nach Italien verfolgte den Zweck, das Einvernehmen zu dreien, Italien, Österreich und Rußland, in eine feste Form zu bringen. Zu Desio, auf dem Landgute Tittonis, fand am 28. September eine Aussprache statt, in Racconigi sprach Iswolskij den König²⁾. Tittonis damalige Ansicht erhellt aus seinen an den österreichisch-ungarischen Botschafter, Grafen Lühow, gerichteten Worten: „Verraten Sie mich nicht, aber im Grunde bin ich beinahe mit Ihrer Annexion zufrieden; am meisten fürchte ich einen schlecht umschriebenen und der Klarheit entbehrenden Sachverhalt; er ist eine Quelle von Gefahr.“ Es beunruhigte ihn nur, daß er vom Wiener Kabinett nichts Schriftliches in Händen hatte. Deshalb schrieb er Aehrenthal am 4. Oktober und verlangte, damit sich Italien und Rußland mit der Annexion befreunden könnten, ausdrückliche Erklärungen über die Meerengenfrage, den Verzicht auf den San-

¹⁾ Am 21. September schrieb Aehrenthal an Iswolskij: „Quant à la question de la Bosnie et l'Herzégovine je ne suis pas encore à même de vous donner des informations sur la date précise à laquelle nous procéderons à l'annexion de ces provinces. Vous pouvez cependant compter sur ma promesse de vous avertir de ce fait un moment plus tôt.“

²⁾ Über die Unterredung Iswolskij's mit Tittoni schrieb der russische Botschafter in Wien, Aruffow, im Auftrage seines Ministers an Aehrenthal: „Mr. Iswolskij a mis son interlocuteur au courant de l'échange de vues dans ses détails, qu'il a eu avec Votre Excellence à Buchlau au sujet de cette question. Le ministre des affaires étrangères de l'Italie a paru disposé à entrer dans le même ordre d'idées et M. Iswolskij a bien dû croire qu'il s'en expliquera avec le cabinet des Vienne sous peu.“

dschaft und auf Artikel XXIX des Berliner Vertrages. Dann „hätte man den Vorteil, die Entente Italiens, Österreich-Ungarns und Rußlands möglich zu machen, die Sie wünschen und ich für meinen Teil nicht bloß für wünschenswert, sondern für notwendig erachte“. Am Abend des 6. Oktober, noch am Tage des Eintreffens dieses Briefes, erklärte Aehrenthal, daß er die genannten Punkte annehme „und daher den Akkord zwischen Italien, Rußland und Österreich im Prinzip als abgeschlossen betrachte“. Er werde ungesäumt „eine präzise Redaktion unserer Entente ausarbeiten lassen und dieselbe Herrn Tittoni übermitteln“. Am nächsten Tag brachte Graf Lühow diese amtliche Erklärung dem italienischen Minister, so daß Aehrenthal alles für bereinigt hielt.

Am 30. September löste er seine dem russischen Minister gemachte Zusage ein. Darin hieß es: die letzten Nachrichten — er zielte damit wohl auf die in Konstantinopel bemerkliche Unruhe — hätten das Wiener Kabinett zum beschleunigten Handeln bestimmt; die Annexionserklärung werde am 7. Oktober ausgesprochen werden; er hoffe auf Grund der Buchlauer Besprechung auf eine wohlwollende und sympathische Haltung Rußlands¹⁾. So glaubte Aehrenthal für eine ausreichende diplomatische Vorbereitung gesorgt zu haben und ging gleichzeitig auch an die Verständigung der anderen europäischen Kabinette. Dafür wurde die feierliche Form gewählt, daß Abgesandte des Kaisers von Österreich den Oberhäuptern der Großmächte eigenhändige Schreiben ihres Monarchen überbrachten; an die übrigen Regierungen erging am 3. Oktober ein Rundschreiben des Wiener Kabinetts.

*

Die Annexionserklärung

Während des Sommers war zu den anderen Gründen ein neuer getreten, um das Wiener Kabinett zur Eile anzuspornen. Das

¹⁾ Es heißt in dem Briefe: „En vous informant mon cher collègue de ce qui précède et cela plusieurs jours avant le terme du 7 octobre, j'ai — fort de l'esprit de notre entrevue de Buchlau — la ferme conviction, que nous pouvons compter sur une attitude bienveillante et sympathique de la part de la Russie.“

war der Eifer, mit dem die siegreiche jungtürkische Partei den parlamentarischen Aufbau des osmanischen Reiches betrieb. In dem zu Saloniki tagenden Hauptausschusse der Partei erwog man, ob nicht auch Bosnien und die Herzegowina, die formell noch zur Türkei gehörten, zur Beschickung des Parlaments einzuladen wären. Wie widerwärtig für Österreich, wenn auch dieser Zündstoff nach Bosnien geworfen wurde! Einige unzufriedene Mohammedaner dieses Landes erschienen in Konstantinopel, um darüber mit den Führern der Jungtürken zu verhandeln. Dagegen erwog die österreichisch-ungarische Regierung seit einiger Zeit den Erlaß einer Verfassung für die besetzten Provinzen. Wie wäre es dann mit dem Eide der Abgeordneten zum künftigen bosnischen Landtag zu halten? Sollte bloß dem Kaiser Franz Josef geschworen werden? Wohl möglich, daß ein Teil der Abgeordneten die Forderung stellte, auch dem Sultan als dem nominellen Souverän den Eid zu leisten. Schon das Aufwerfen dieser Frage wäre für die österreichische Regierung eine Unbequemlichkeit gewesen. Um diese Schwierigkeiten zu ebneten, setzte sich das Wiener Kabinett mit dem leitenden Ausschusse der jungtürkischen Partei zu Saloniki in Verbindung. Auf seine Anfrage erhielt jedoch der Generalkonsul Rappaport die hochfahrende Auskunft: zum Erlasse einer Verfassung für Bosnien wäre nur der Sultan, nicht der Kaiser von Österreich, berechtigt.

Es durfte also nicht gezögert werden. Nicht bloß die gemeinsame Regierung, auch die Ministerpräsidenten der zwei Staaten der Monarchie, Beck und Weyerle, waren mit der Einverleibung einverstanden. Nur das Preisgeben des Sandschak stieß auf Widerspruch, der vom Grafen Andrássy schon aus dem Grunde erhoben wurde, weil er damit das Werk seines 1890 verstorbenen Vaters verteidigte. Er wies darauf hin, das Wiener Kabinett habe die Besetzung des Sandschak 1879 für notwendig gehalten, um Serbien und Montenegro räumlich auseinanderzuhalten. Darauf entgegnete Uehrenthal, das werde auch in Zukunft der Fall sein, da der Landstrich im Besitze der Türkei bleiben solle. Abriß machte die Annexion den Ministern nicht solches Kopfzerbrechen wie die Frage des staatsrechtlichen Verhältnisses dieser Länder zu den zwei Staaten der Monarchie. Ungarn erhob nämlich auf die zwei Provinzen Anspruch, aus dem weit herbeigeholten Grunde, daß ein Teil von ihnen im Mittelalter längere Zeit von ungarischen Königen beherrscht worden war. Nach umständlichen Verhandlungen

des Sultans über dieses Land anerkannt war, gekündigt wurde. Somit sagte sich Österreich-Ungarn aus eigenem Ermessen von einer Bestimmung des europäischen Vertragsrechtes los. Die Handschreiben des Kaisers an die Staatsoberhäupter bekundeten einen unwiderruflichen Entschluß, ebenso die Thronrede, mit welcher er am 8. Oktober die Delegationen eröffnete. Nirgends war angedeutet, die Donaumonarchie erwarte erst den Spruch einer zu berufenden europäischen Konferenz. Eine Kühnheit, die, wenn sich nicht der Erfolg einstellte, dem Habsburgerreiche teuer zu stehen kommen konnte.

Die Maßregel wurde von den Volksvertretungen Österreichs und Ungarns günstig aufgenommen. Geradezu freudig stimmten die Kroaten und Slowenen zu, weil sie der Vereinigung der Südslawen der Monarchie zu einem besonderen Staate näher gekommen zu sein glaubten. Der Führer der kroatischen Rechtspartei, Josef Frank, hatte schon früher in der Presse die Annexion befürwortet, die slowenischen Abgeordneten Korofec und Sustersic sprachen sich in den Delegationen in gleichem Sinne aus. Es war auch ein günstiger Umstand, daß in Österreich wie in Ungarn Koalitionsministerien am Ruder waren, bestehend aus Mitgliedern aller großen Parteien. Da die Kossuth-Partei im Ministerium Wekerle durch drei Mitglieder vertreten war, wurde mit einem derben Scherz gesagt, die Bestien des politischen Tiergartens seien insgesamt bei der Fütterung. Ähnlich in Österreich: im Kabinett Beck saßen zwei tschechische Abgeordnete, Fiedler und Prašek, welche die Maßregel deckten. Es fiel aber auf, daß auch Karl Kramar sich am 9. Oktober in der österreichischen Delegation den Wortführern der Polen, Slowenen und Kroaten anschloß und sich ohne Einschränkung für die Annexion aussprach. Das anerkannte Haupt der Panlawisten Österreichs sagte bei diesem Anlasse: er anerkenne, daß die Einverleibung Bosniens eine logische Folge der in der Türkei eingetretenen Veränderungen sei; für sie spreche auch die Tatsache, daß Österreich-Ungarn durch dreißig Jahre in Bosnien seine zivilisatorische Sendung erfüllt habe. Das Rätsel des Verhaltens des tschechischen Führers löste sich 1916, als der gegen ihn angestregte Hochverratsprozeß Einblicke in die geheimen Verbindungen des Angeklagten mit der russischen Regierung eröffnete. Dem Gerichtshofe lag ein Schreiben vor, in dem Tscharykow, der Gehilfe des russischen Ministers des Aeußeren, Kramar empfahl, keinen Widerspruch gegen die Annexion zu erheben, da Rußland nicht in der Lage wäre, sich im gegenwärtigen Augenblicke

einigte man sich mühsam dahin, daß die zwei Länder, getrennt von Österreich wie von Ungarn, auch fernerhin unmittelbar unter der Reichsgewalt, also unter dem gemeinsamen Ministerium, stehen sollten¹⁾.

Soweit war Anfang Oktober alles geordnet, als — noch vor der Proklamation der Einverleibung — Bulgarien der österreichisch-ungarischen Regierung zuvorkam. Fürst Ferdinand beschloß, sich früher zum König ausrufen zu lassen, um nicht als Mittläufer Österreich-Ungarns zu erscheinen. Er berief seine Minister in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober nach Sirnowo, der alten Krönungsstadt der bulgarischen Herrscher, und beschloß mit ihnen die Unabhängigkeit seines Landes von der Türkei. Am Morgen des 5. Oktober verkündete der Donner der Kanonen dem Volke des weiteren, daß sein Fürst den Titel eines Zaren angenommen habe.

In Wien war man von der fortstürmenden Eile des neuen Königs ebenso überrascht wie in Petersburg²⁾. Nun durfte man mit der ohnedies vorbereiteten Maßregel nicht mehr zögern. Am 5. Oktober unterzeichnete Kaiser Franz Josef das Handschreiben, durch welches er seine Souveränität über Bosnien und die Herzegowina ausdehnte und ebenso die Proklamation, die den Bewohnern Bosniens verkündete, das Band zwischen ihnen und dem Sultan sei für immer zerschnitten. In diesem Aufrufe wurde dem Lande eine Verfassung verheißen, eine Zusage, die im Jahre darauf auch in Erfüllung ging. Die Veröffentlichung dieser Staatsakte erfolgte am 6. Oktober, also einen Tag früher, als Aehrenthal in dem Briefe an Iswolskij angekündigt hatte. Gleichzeitig übergab der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel der Pforte eine Note, durch welche der Vertrag vom 15. April 1879, in welchem — nach der Besetzung Bosniens — die Oberhoheit

¹⁾ Entgegen der mit Aehrenthal getroffenen Abrede ließ der ungarische Ministerpräsident in dem dem Reichstag vorgelegten Motivenberichte zur Annexionserklärung einen Satz stehen, in welchem gesagt war, daß der alte historische Rechtstitel Ungarns auf Bosnien die Berechtigung zur Angliederung vermehre. Aehrenthal hielt den Bruch des Abkommens dem Ministerpräsidenten in einem Schreiben vom 12. November 1908 vor und beschwerte sich in diesem Sinne beim Kaiser. Das war einer der Kniffe, durch welche Wekerle und andere ungarische Minister staatsrechtliche Ansprüche in öffentliche Aktenstücke einschmuggelten.

²⁾ Als Iswolskij dem Grafen Berchtold den Vorwurf machte, die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens sei mit Wissen des Wiener Kabinetts erfolgt, erwiderte dieser, es sei ihm bekannt, „daß die voreilige Aktion des Fürsten Ferdinand für das Wiener Kabinett eine vollkommene, noch dazu höchst unliebsame Überraschung gewesen wäre“.

der Südslawen anzunehmen. Das Ganze klang wie eine Weisung an einen politischen Agenten, bemerkte der öffentliche Ankläger; und wie recht er hatte, zeigte sich einige Wochen nach der Annexion. Denn sobald die russische Regierung über das Vorgehen Österreich-Ungarns Klage erhob, brach Kramar mit Vorwürfen gegen die Politik Lehrenthals los¹⁾.

Gleichviel übrigens, aus welchen Gründen die Vertreter der slawischen Völker der Monarchie die Billigung der Annexion aussprachen; die Tatsache stand fest, und ebenso die Unterstützung der Politik Lehrenthals durch die Deutschen und die Magyaren. Diese Einigkeit der sonst ewig streitenden Volksstämme war ein Zeugnis dafür, daß sie damals noch auf die Geltung der Monarchie in Europa Wert legten. Eine entschlossene Tat ermutigt die Freunde, reizt die Unzuverlässigen mit sich fort. Eine kräftige und kluge äußere Politik war noch das einzige Mittel, um das Gefühl der Zusammengehörigkeit wachzurufen, das bereits im Schwinden begriffen war. So weit hatte sich die Annahme Lehrenthals als richtig erwiesen, so daß er gerüstet in den wechselvollen Kampf eintrat, der sich unmittelbar darauf um die Annexion entspann.

*

Charakteristik Lehrenthals

Der Staatsmann, der von jetzt ab in den Vordergrund tritt, Alois Lexa Freiherr von Lehrenthal, war 1854 als Sproß einer reichbegüterten Familie des deutsch-österreichischen Adels geboren. Sein Urgroßvater Lexa, der Abstammung nach Jude, erwarb unter Kaiserin Maria Theresia ein großes Vermögen, trat zum Christentum über und wurde mit dem Titel von Lehrenthal geadelt. Der spätere Minister

¹⁾ Als Kramar in dem öffentlichen Verhör gefragt wurde, weshalb er den wichtigen Brief Tscharykows nicht zur Kenntnis des Ministers des Äußeren gebracht habe, mit dem er in regelmäßiger Verbindung stand, erwiderte er, Lehrenthal sei von den Absichten der russischen Regierung ohnedies unterrichtet gewesen. Dem trat der Militäranwalt mit der Bemerkung entgegen, daß Österreich-Ungarn noch durch fünf Monate unter der Drohung eines Krieges wegen Bosniens gestanden sei und sich deswegen rüsten mußte; der Brief Tscharykows wäre also für seine Regierung doch ein wichtiges Schriftstück gewesen.

begann seine diplomatische Laufbahn in Petersburg zur Zeit, da Graf Rálnoky dort Botschafter war. Dieser wußte die Begabung des jungen Mannes zu schätzen, gewann ihn lieb und berief ihn, als er die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, ins Ministerium nach Wien, wo sich Aehrenthal bestens bewährte. Er genoß das volle Vertrauen des Ministers und erhielt Einblick in alle geheimen Geschäfte. So rückte er rasch von Stufe zu Stufe, wurde 1895 Gesandter in Bukarest, 1899 bis 1906 Botschafter in Petersburg. Hier erwarb er sich solches Ansehen, daß Hardinge, zur selben Zeit in Petersburg englischer Botschafter, bei der Ernennung Aehrenthals zum Minister des Äußeren das Urteil fällte, er sei der hervorragendste unter den fremden Diplomaten an der Newa. Der österreichisch-ungarische Vertreter nahm dort bei Hofe und in der vornehmen Gesellschaft eine Ausnahmestellung ein. Die russische Sprache hatte er sich, dank seiner Kenntnis des Tschechischen, schon bei seinem ersten Aufenthalte in Petersburg angeeignet. Mit vielen russischen Staatsmännern stand er in vertrauten Beziehungen, doch mit keinem von ihnen sprach er sich so gut wie mit dem Reichskontrollor Schwanebach, einem kenntnisreichen Deutschrussen, der den Absolutismus für die einzige in Rußland mögliche Regierungsform hielt und deshalb viel beim Zaren galt. Aus zwei Gründen gefiel Aehrenthal dem russischen Hofe. Einerseits tat er alles, um das Wiener Kabinett während des mandschurischen Krieges bei der Neutralität festzuhalten; andererseits sprach er sich mit allem Nachdruck für die Wiederherstellung der durch die russische Revolution erschütterten Zarengewalt aus. Selbst die Minister Nikolaus II. gingen darin nicht weiter als er, auch standen Goremykin, Stolypin und Schwanebach, die den Zaren in dieser kritischen Zeit berieten, durch den Letztgenannten mit Aehrenthal in steter Fühlung. Der österreichische Botschafter ließ sich zu dieser Haltung nicht bloß dadurch bestimmen, daß er selbst monarchisch und konservativ fühlte. Er war auch der Ansicht, die Donaumonarchie könne sich mit dem Zaren verhältnismäßig leicht über den Balkan verständigen, werde dagegen immer gegen die herrschende Strömung im Volke zu kämpfen haben, die sich überhaupt schwerer berechnen lasse als die Politik des Hofes. In dieser Rechnung lag allerdings ein Unterschätzen der öffentlichen Meinung, da sich auch der Zar ihr nicht ganz entziehen konnte. Begreiflich aber, daß der Hof an Aehrenthal Wohlgefallen fand, was die Eifersucht selbst der deutschen Diplomatie erregte. In Berlin stieg der Verdacht auf, Aehren-

thal arbeite auf ein österreichisch-russisches Bündnis unter Beiseiteschiebung des Deutschen Reiches hin. Das war jedoch ein Irrtum, und er überzeugte die deutsche Regierung durch sein Wirken als Minister, daß das Bündnis mit Deutschland auch ihm als Eckstein der österreichischen Politik galt.

Das Eigene in seiner Persönlichkeit war die Verbindung von Geistes- und Charaktereigenschaften, die sich auszuschließen scheinen. Er war ein methodischer Kopf, der jeden Gedanken folgerichtig zu Ende dachte, der in seinen Kenntnissen, seinen Ideen volle Ordnung hielt; daneben besaß er ein leidenschaftliches Naturell, das mit Hestigkeit losbrechen konnte und nur mit aller Selbstbeherrschung im Zaume zu halten war. Die äußere Ruhe, die er in Staatsgeschäften bewahrte, die Kälte seiner Umgangsformen waren durch strenge Selbstzucht erzwungen. Er war ein fleißiger Arbeiter und verfügte über ein starkes Gedächtnis wie über eine gute historische und staatsrechtliche Bildung. Diese Eigenschaften kamen ihm bei der Formung seiner politischen Gedankengänge zugute, deren Geschlossenheit imponierte. Er arbeitete seine Entwürfe im Geiste sorgfältig durch, so daß ihm auch die Einwendungen klar vor Augen standen; so fand man ihn bei der Aussprache gerüstet und mußte sich sagen, daß der Einspruch ihm nichts Neues sagte. Ein Gespräch mit ihm erhielt seinen Reiz nicht durch überraschende Einfälle, nicht durch Geist und Witz, in welchem Betracht er nicht hervorragte, sondern durch die strenge Logik seiner Ausführungen. Wollte er sich klar ausdrücken — was nicht immer der Fall war —, so machten seine Ideengänge den Eindruck wie die Muster der Teppiche, die in den Warenhäusern zu den Füßen der Käufer ausgebreitet werden. Er entwickelte seine Gedanken wie etwas Selbstverständliches, ohne stärkere Betonung oder Schattierung der Rede, aber so, daß die einzelnen Glieder des Beweises sich wie von selbst ineinanderfügten.

Dabei stand ihm ansehnliche dialektische Kunst zu Gebote, wenn er etwas zu verhüllen hatte oder den anderen hinhalten wollte. Das verstand er wie irgendein Diplomat der alten Schule. Wollte er seine wahre Meinung verbergen oder jemanden auf eine falsche Fährte locken, dann setzte er seine Worte so zweideutig wie ihm gut schien. Deshalb haben manche fremde Diplomaten über seine Unaufrichtigkeit geklagt, wogegen die scharfsinnigen unter ihnen Lehrenthal günstig beurteilten. Diese verschiedenen Ansichten hörte man von den zwei englischen Botschaftern, die mit ihm während seiner Ministerschaft zu tun hatten.

Der etwas schwerfällige Goschen behauptete, Lehrenthal gehe auf Täuschung aus, während dessen Nachfolger Cartwright, ein Mann von schneller Auffassung und einem Lehrenthal ähnlichen Scharfsinn, wiederholt versicherte, er sei mit ihm gut ausgekommen und habe den österreichisch-ungarischen Minister ungefähr so offenherzig und so zurückhaltend gefunden, wie es im diplomatischen Verkehr überhaupt zu erwarten sei. Die von Goschen erhobene Beschwerde bezog sich auf sein Erlebnis gelegentlich der Ausrufung des Fürsten Ferdinand zum Zaren. Kurz vor dem Ereignisse fragte Goschen den österreichischen Minister des Auseren, was an dem Gerüchte aus Bulgarien wahr sei, worauf dieser ausweichend ungefähr erwiderte, er habe keine Kenntnis von dem Bestehen der Unabhängigkeitserklärung. Lehrenthal sprach dem Wortlaute nach die Wahrheit, denn er selbst wurde durch den plötzlichen Entschluß Ferdinands überrascht, wenn er sich auch über die Sache selbst mit ihm früher geeinigt hatte. Goschen jedoch erklärte sich von Lehrenthal hintergangen. Zur Steuer der Wahrheit ist aber zu bemerken, daß es im diplomatischen Verkehr für ungehörig gilt, über geheime Staatsfachen Fragen zu stellen, da über sie eine Auskunft nicht erteilt werden darf. Darauf berief sich Lehrenthal und behauptete, er habe von seinem Rechte, eine ausweichende Antwort zu geben, Gebrauch gemacht. Er verstand es übrigens in bedenklichen Fällen, das nun einmal nicht Wegzuleugnende in längere Perioden einzuwickeln, oder die Tatsache, von der er den Hörer ablenken wollte, in einem tonlos gesprochenen Nebensatze zu verstecken. Dort wurde sie nur bemerkt, wenn man gut zuzuhören verstand. Da er selbst rasch und sicher auffaßte, so fand er, es sei Schuld des anderen, wenn er nicht in den Sinn seiner Worte eindrang.

Es wäre aber irrig, zu glauben, Lehrenthal habe seine Ansichten, seine Zu- und Abneigungen gleichnerisch verborgen. Galt es nicht ein geheimes Spiel und diplomatisches Ringen, so ließ sein Vorgehen an Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig. Auch er war, was Bismarck von sich sagte, ein guter Hasser. Grollte er, so war er unversöhnlich und blieb sich darin auf jede Gefahr hin treu; immer erwies er sich als Mann von stolzem Ehrgefühl und ungewöhnlichem Mute. Das bekam unter anderem der päpstliche Nuntius Granito del Belmonte zu spüren, der sich einmal über kirchenpolitische Angelegenheiten für eine Zeitung ausfragen ließ und dabei die Unvorsichtigkeit beging, Zweifel an der Wahrheit einer Behauptung Lehrenthals auszusprechen.

Darauf erklärte der Minister, er müsse alle nichtamtlichen Beziehungen zum Nuntius abbrechen, und er blieb dabei in der ganzen Zeit von Belmontes Aufenthalt in Wien, obwohl alle möglichen Versuche gemacht wurden, Lehrenthal milder zu stimmen. Es war nichts Geringes, daß ein Minister des katholischen Österreich den Vertreter des Papstes nur als solchen gelten ließ, sonst aber wie Luft behandelte. An Feinden hat es Lehrenthal denn auch unter den fremden Diplomaten wie in der österreichischen Aristokratie nicht gefehlt. Auch mit dem deutschen Botschafter Tschirschky, besonders aber mit dem bulgarischen Agenten geriet er in arge Weiterungen. Es fehlte ihm die Geschmeidigkeit in der Behandlung der Menschen und der Dinge, wodurch er sich die Geschäfte oft erschwerte. Das Herbe in seinem Wesen brachte neue Verwicklungen zu den bereits in der Sache liegenden. Er wollte geachtet und von seinem eigenen Gegner wie von denen des Staates gefürchtet sein; es lag ihm nichts daran, darob einen neuen Kampf aufzunehmen¹⁾.

In der äußeren Politik rechnete er sich nicht zur Schule Andrassy's, der die Ansicht hegte, Österreich-Ungarn müsse sich den Weg nach Saloniki offen halten, sondern trat als Minister in die Fußtapfen Kálnoky's, der sich bescheidenere Ziele gesetzt hatte. Zu dieser Selbstbeschränkung gelangte Lehrenthal jedoch erst im reiferen Alter, denn als jüngerer Diplomat sprach ihn der Gedanke der Teilung der Balkanhalbinsel zwischen Österreich-Ungarn und Rußland an. Mit den Jahren kam er von dieser Idee ab und sprach sich vor der Öffentlichkeit wie im Kreise von Freunden nachdrücklich im Sinne der Selbstbescheidung aus. Er hörte es ungerne, wenn man ihm und dem Wiener Kabinett trotzdem weitfliegende Entwürfe und einen erst am Ägäischen Meere haltmachenden Ehrgeiz

¹⁾ Einen Niederschlag der Lehrenthal feindseligen Stimmungen findet man in der mißgünstigen Darstellung der Politik Lehrenthals in dem Buche von H. W. Steed, "The Hapsburg Monarchy", London 1913, S. 206—295. Steed hatte als Korrespondent der „Times“ durch den Verkehr mit den Botschaftern Goschen und Cartwright Einblick in die Verhältnisse; sein Urteil ist jedoch durch den Haß gegen Deutschland und gegen jedermann getrübt, der dem Dreibund seine Unterstützung lieh. Grobe Irrtümer fehlen nicht, so Seite 269, wo er von der Absicht Bismarcks schreibt, den Papst durch eine in Civitavecchia gelandete deutsche Truppenabteilung der deutschen Politik fügsam zu machen; so auch Seite 252, wo erzählt wird, Deutschland habe zur Zeit des Burenkrieges ein Bündnis gegen England aufzurichten wollen, sei aber von Rußland und Frankreich abgewiesen worden — was sich so ziemlich umgekehrt verhält. Das lebendig geschriebene Werk Steeds darf daher nur mit Vorsicht benützt werden.

zutraute. Die türkische Herrschaft auf der Balkanhalbinsel müsse man, solange es eben ginge, zu erhalten trachten.

Das war aber nur sein vorläufiges Programm, während seine letzten Ziele in der oben erwähnten geheimen Denkschrift vom 9. August 1908 entwickelt sind. Er geht hier von der Voraussetzung aus, das Ende der Türkenherrschaft nahe unaufhaltsam. Dann sei „das Übel an der Wurzel zu fassen und den großserbischen Zukunftssträumen ein Ende zu machen“. Dazu diene am besten ein Bündnis mit Bulgarien. „Der Antagonismus zwischen Bulgarien und Serbien“, so fährt er fort, „ist schon heute ein Faktor, mit dem gerechnet werden kann; in Bulgarien ist die Überzeugung vorherrschend, daß der Weg nach Mazedonien über den Leib des serbischen Staates gehen muß, und es ist sicher, daß um den Besitz von Aštrub der heftigste Streit zwischen Serbien und Bulgarien entbrennen wird. Fördern wir in diesem Streit die bulgarische Sache und begünstigen wir die Schaffung eines Großbulgariens auf Kosten Serbiens, so ist die notwendige Vorbereitung getroffen, um in einem Momente günstiger europäischer Konstellation die Hand auf das noch übrige Serbien legen zu können. Dann hätten wir die sicheren Grenzen, von denen ich früher gesprochen: ein unter unserer Agide selbständig gewordenes Albanien, ein Montenegro, mit dem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten, und ein Großbulgarien, das uns zu Danke verpflichtet ist.“ All dies ist zwar infolge des großen Krieges versunken und verloren, indessen hat die Geschichte auch über gescheiterte Entwürfe zu berichten, um so mehr, wenn sie mit solcher Klarheit entwickelt sind.

Von Kálnoky, den er sonst als Wegweiser und väterlichen Freund verehrte, unterschied er sich durch kühnes Ausgreifen in der Politik. Sein Vorgänger ebnete sich behutsam den Pfad, er selbst ging oft herausfordernd einher. Er hielt dafür, daß eine kraftvolle äußere Politik zur Festigung der Donaumonarchie beitragen werde. Schon deshalb ergriff er jede Gelegenheit zum Einwirken auf die Weltbegebenheiten. Daß er hierbei Mittel und Wege wechselte, lag in der Natur der Sache. Im Jahre 1907 betrieb er den Bau der Sandschakbahn; als sich ihm im nächsten Sommer durch Iswolfskijs Angebot andere und bessere Aussichten eröffneten, ließ er den Sandschak fahren, betonte jedoch in seiner Denkschrift vom 9. August 1908, daß die österreichischen Eisenbahnpläne auf dem Balkan festzuhalten wären. Jedesmal ließ sich die öffentliche Meinung Österreichs und Ungarns —

abgesehen von den ausgesprochenen Russenfreunden — von ihm leiten, weil man eine feste Hand am Steuer fühlte und einen Staatsmann sah, der nach längerem Zögern überhaupt etwas wollte.

Nachträglich ist es leicht zu sagen, daß Aehrenthal der Monarchie zuviel zumutete und nicht genügend erwog, sie halte einen Zusammenstoß auf Tod und Leben nicht aus. Indessen bestand sie unter seiner Leitung noch einmal die Probe als Großmacht, aber freilich forderte er durch die Annexion Bosniens erst recht die Gefahren heraus, in deren Bannung ein österreichischer Staatsmann seine höchste Pflicht zu sehen hatte.